

Hanno Balz

Zwischen Ausnahmezustand und *Moral Panic*

Mediendiskurse über die RAF in den 1970er Jahren

1. Massenmedien und „Terrorismus“

„Terrorismus“¹ ist ein Medienphänomen – wie seine Bekämpfung zu einem großen Teil auch. Darüber besteht bei einem Großteil der Historiker und Medienwissenschaftler inzwischen Einigkeit. Dennoch wurde die öffentliche Auseinandersetzung über die und mit der RAF in der Bundesrepublik lange kaum untersucht². In den zahlreichen Darstellungen über die RAF richtet sich der Fokus vor allem auf die damaligen Protagonisten und stilisiert die gesellschaftliche Auseinandersetzung allzu oft über den Erzählmodus der Personalisierung. Diese Zuspitzung ist nicht zuletzt durch eine mediale und kulturelle Aufbereitung der damaligen spektakulären Ereignisse in den letzten Jahren zu erklären, die allerdings den „Terrorismus“-Diskurs der 1970er Jahre in Vielem lediglich reproduziert.

Zu dieser Zeit war die Auseinandersetzung mit der RAF ein Paradigma für die zunehmende politische Polarisierung der Kommunikationsprozesse innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft. Schließlich war die „Terrorismus“-Debatte vor allem ein Meinungsstreit über den Zustand einer „verunsicherten Republik“³, wobei die

¹ Zur Definition des zentralen Begriffs „Terrorismus“ muss an dieser Stelle auf die Schwierigkeiten in Forschung, Politik und Medien hingewiesen werden, bei dessen Bewertung einen Konsens zu finden. Selbst die UNO hat sich bis heute noch nicht auf einen gemeinsam zu verwendenden Begriff einigen können. Die normative Nutzung des Begriffs ist allerdings immer ideologisch-pejorativer Natur. Als Selbstbezeichnung taucht der Begriff des „Terroristen“ im 20. Jahrhundert so gut wie nicht mehr auf. Stattdessen hat er sich zu einem der geläufigsten Kampfbegriffe in den internationalen politischen Auseinandersetzungen entwickelt. Seine Verwendung zielt auf die Diskreditierung des politischen Gegners – sie ist in jedem Fall mehr Delegitimierungsstrategie als konkrete Charakterisierung.

² Vgl. jetzt Hanno Balz, *Von Terroristen, Sympathisanten und dem starken Staat. Die öffentliche Debatte über die RAF in den 70er Jahren*, Frankfurt a.M./New York 2008; Andreas Elter, *Propaganda der Tat. Die RAF und die Medien*, Frankfurt a.M. 2008.

³ Kurt Southwimer, *Die verunsicherte Republik*, München 1979.

diskursiven, politischen und moralischen Grenzen heftig umkämpft waren. Dabei bildeten die Massenmedien die entscheidende Struktur politischer Kommunikation.

Die bundesdeutschen Medien thematisierten in den 1970er Jahren eine sich verändernde Gesellschaft, die plötzlich in unvorhergesehener Weise von Innen bedroht war. Darüber hinaus waren die Massenmedien jedoch Teil und Triebkraft einer Frontenbildung im „Terrorismus“-Diskurs. Ebenso wie die RAF mit ihrem Konzept einer „Propaganda der Tat“ auf mediale Präsenz angewiesen war, agierten auch die Vertreter der politischen Institutionen und die Massenmedien auf der medialen Bühne. Dementsprechend sind die medialen Texte zum „Terrorismus“ nach ihrem performativen Charakter zu befragen. Es ist zu analysieren, durch welche Rituale der Diskurs möglicherweise die Wirkungen erzeugte, die er benannte.

Zunächst ist bei der Frage nach der medialen Konstruktion von „Terrorismus“ ein deutlicher Stimmungswandel in der bundesdeutschen Bevölkerung im Bezug auf die RAF zu konstatieren:

In einer Meinungsumfrage von 1971 äußerten 25 Prozent der unter 30-jährigen „gewisse Sympathien“ für die „Rote Armee Fraktion“⁴. Auch in den liberalen Medien, vor allem im „Spiegel“, fand zu dieser Zeit eine Diskussion darüber statt, inwiefern die „Baader-Meinhof-Gruppe“ als Erbin der APO an ihren politischen Motiven zu messen sei, auch wenn ihre Praxis sie als „Desperados“ erscheinen ließ. Die blutigen Anschläge von der „Mai-Offensive“ 1972 bis zum „Deutschen Herbst“ 1977 führten schließlich zu einer drastischen Wendung im Stimmungsbild der bundesdeutschen Gesellschaft: Nun, während der Schleyer-Entführung, stimmten 53 Prozent der von Infratest Befragten dem Statement zu: „Solche Anschläge können jeden von uns treffen; davor habe ich persönlich Angst.“ Die Gesellschaft für deutsche Sprache benannte parallel dazu die Begriffe „Terrorismus“ und „Sympathisantenszene“ zu den Worten des Jahres 1977⁵.

Die Diskrepanz zwischen der offenbar zunächst nicht unbeachtlichen Akzeptanz einer „Stadtguerilla“ und dem schließlich verbreiteten subjektiven Gefühl einer direkten Bedrohung durch den „Terrorismus“ verweist auf die nach wie vor drängende Frage: Wie konnte es gelingen, die gesellschaftlichen Gräben, die nach „1968“ entstanden waren, in so kurzer Zeit wieder einzuebnen?

⁴ Hans Mathias Kepplinger, Statusdevianz und Meinungsdevianz. Die Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe, in: KZfSS 4 (1974), S. 770–800.

⁵ Karl-Rudolf Korte, Der Standort der Deutschen, Köln 1990, S. 61.

Die Auseinandersetzung um den deutschen „Terrorismus“ in den 1970er Jahren und in ihrer Zuspitzung im Herbst 1977 sollte zunächst einmal als Katalysator einer bundesdeutschen Gesellschafts- und Institutionengeschichte verstanden werden, der die politischen Prozesse – je nach Lage der Dinge – beschleunigte oder bremste. Dies galt zunächst für die Institutionen der Inneren Sicherheit ebenso wie für die politischen Organisationsformen der Neuen Linken. Darüber hinaus lässt sich an der Auseinandersetzung mit dem „Terrorismus“ vor allem eine Wertedebatte festmachen und damit letztlich das diskursive Ringen um die Allgemeingültigkeit von Deutungen.

2. *Moral Panic*

Gerade beim Vergleich der zugespitzten Situation in der Bundesrepublik mit jener in anderen Ländern muss gefragt werden: Wie ist diese gesellschaftliche Front aggressiver Ausschlussbemühungen, die mit Blick auf die RAF oftmals als geradezu „hysterisch“ bezeichnet werden kann, zu erklären? Und: Welche Rolle hatten die Medien, in diesem Fall vor allem die deutsche Presse, bei solchen Überreaktionen?

In Anlehnung an theoretische Ansätze aus den britischen *Cultural Studies* kann hier von einer Art *Moral Panic* gesprochen werden. Dieser Begriff wurde in den 1970er Jahren vor allem durch Stanley Cohen und Stuart Hall geprägt. Der entscheidende Punkt bei dem kritischen Diskurs-Konzept der *Moral Panic* nach Cohen ist die Tatsache, dass in massenmedial geprägten Gesellschaften die „Paniken“ ihren Verlauf nicht unbedingt von unten nach oben nehmen, sondern vor allem als Ausdruck dominanter Ideologie und damit hegemonialer Bestrebungen zu sehen sind:

„A condition, episode, person or group of persons emerges to become defined as a threat to societal values and interests; its nature is presented in a stylized and stereotypical fashion by the mass media; the moral barricades are manned by editors, bishops, politicians and other right-thinking people; socially accredited experts pronounce their diagnoses and solutions; ways of coping are evolved or (more often) resorted to.“⁶

Moral Panic kann, in Anlehnung an Foucault, auch als regulierende Praxis begriffen werden. So ist sie Teil einer Diskursformation und diskursiven Strategie im Sinne einer Identifizierung und Kontextualisierung bei der Herstellung von „Bedeutung“.

⁶ Stanley Cohen, *Folk devils and moral panics*, London 32002, S. 1.

Darüber hinaus gibt die Medialität der Nachrichten bereits grundsätzlich die Struktur einer *Moral Panic* vor: die rhetorische Strategie von Personalisierungen und klar benennbaren Gruppen; die Dramaturgie eines zeitlichen Verlaufs, welche einen Bezug zur Vergangenheit und eine Vorhersage für die zukünftige Entwicklung beinhaltet; die Vermittlung von Themen als von „allgemeinem Interesse“ mittels einer Koppelung an die Lebenswelten der Leserschaft; das Herausstellen politischer und gesellschaftlicher Ereignisse als Indikatoren eines allgemeinen gesellschaftlichen Zustandes; und nicht zuletzt die moralische und emotionale Bindung der Leser an gesellschaftliche und politische Prozesse.

Statt von „der“ *Moral Panic* zu sprechen, sollten die Nachrichtendiskurse als permanente Verhandlung einer Bedrohung innerhalb moralischer Krisen verstanden werden. Wichtig ist hierbei die Betonung von klar definierten Schwellen, die überschritten werden müssen, bevor von *Moral Panic* die Rede ist. Solche Schwellen markieren auf symbolische Art die Grenzen gesellschaftlicher Toleranz und somit die Frage nach Ein- und Ausschluss; wesentliche Schwellen sind hierbei Devianz und Gewaltanwendung, wie sie auch den „Terrorismus“ charakterisieren.

3. Das Beispiel Stuttgart, Juni 1972

Am Mittag des 2. Juni 1972 ist die Stuttgarter Innenstadt wie ausgestorben. An diesem Tag gibt es schulfrei und die Banken haben geschlossen – an einem Brezelstand heißt es: „Geschlossen. Zur Sicherheit unseres Personals.“⁷ Währenddessen lädt Ministerpräsident Hans Filbinger zu einer Sicherheitskonferenz. Grund für die Quasi-Evakuierung der Innenstadt ist ein Schreiben, das ankündigt, „RAF-Pionier-Sprengexperten“ würden in der Stuttgarter Innenstadt drei Autos „hochgehen lassen“. Drei Tage zuvor titelte „Bild“ bereits: „Baader-Meinhof-Bande immer wahnsinniger – Jetzt bedrohen sie eine Großstadt. Alarm für Stuttgart: Drei Bomben gehen hoch!“⁸

In den Tageszeitungen wird das Bild einer angekündigten Katastrophe heraufbeschworen, es sollen über 1800 Polizisten sowie THW und Rotes Kreuz eingesetzt werden. Die zitierten Stimmen von Stuttgartern, die ankündigen, dass sie ihre Geschäfte nicht öffnen und ihre Kinder zuhause lassen werden, besitzen ebenso Appell-

⁷ Peter Brüggel, 's nächste Mal Kanoneschläg, in: Der Spiegel vom 5.6. 1972, S. 67.

⁸ Bild vom 29.5.1972, S. 1; das folgende Zitat findet sich ebenda.

charakter wie die offizielle Aufforderung, Autos aus der Innenstadt zu entfernen.

Die verantwortlichen Politiker geben keineswegs Entwarnung, sie entwerfen vielmehr ein *worst case scenario*. So erklärt beispielsweise der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger:

„Diese Bombendrohung zeigt, daß hier Radikale am Werk sind, die planmäßig die Sicherheit und Freiheit in unserem Land zerstören wollen. Ich glaube, daß es falsch ist, die von der Bombendrohung ausgehende Gefahr herunterzuspielen.“

Sowohl Medien wie auch Exekutive reagieren ohne zu zögern auf ein zweifelhaftes Schreiben. Wie in „Bild“ oftmals üblich, wird auf Seite zwei das Bedrohungsszenario der Titelseite relativiert, wenn es dort lapidar heißt, diese Drohung sei „überraschend“. Schließlich sei es noch nie Politik der RAF gewesen, ihre Anschläge anzukündigen. Am Ende des Artikels auf Seite 2 gibt „Bild“ sogar zu: „Inzwischen prüfen Experten, ob das Schreiben echt ist.“

Dennoch folgt am 2. Juni eine große Polizeiaktion nach den Plänen der Notstandsgesetzgebung, und die Stuttgarter Innenstadt ist tatsächlich über die Mittagsstunden wie ausgestorben. Ein Anschlag findet nicht statt, es gibt später nicht einmal Anzeichen für dessen Planung. In den Medienkommentaren findet sich eine latente Enttäuschung, dass am Ende doch nichts passiert ist. Dies könnte einerseits als Eingeständnis gedeutet werden, im Bezug auf die potenzielle Bedrohung überreagiert zu haben. Andererseits ist jedoch der Glauben an die staatliche Handlungsfähigkeit, die hier demonstriert werden konnte, nicht erschüttert. Diese Demonstration der Effektivität staatlicher Apparate in einem erklärten Ausnahmezustand, wie sie bis zum Herbst 1977 immer öfter vorkommen sollte, illustriert in deutlicher Weise das Postulat von Carl Schmitt: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.“⁹

4. Bedrohungsszenarien

Im zeitgenössischen Diskurs und auch in vielen Rückblicken auf den „Deutschen Herbst“ findet man oft den Begriff der „Hysterie“, wenn es um gesellschaftliche Reaktionen geht. Dieser Begriff besitzt jedoch nur wenig Klarheit, da er als angeblich gesamtgesellschaftliches Phänomen keine Trennschärfen aufzeigt und eher pathologische Analogien evoziert.

⁹ Carl Schmitt, *Politische Theologie*. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, München 1922, S. 11.

Auch die Behauptung einer – induzierten, konstruierten oder genuinen – „Panik“ in der Bevölkerung ist in den meisten Fällen nicht angemessen. Selbst bei dem genannten Beispiel einer evakuierten Innenstadt sind kaum Anzeichen einer eigentlichen Panik, im Sinne hysterischer, plötzlicher, irrationaler Reaktionen zu finden. Vor allem „Bild“ schürte mit ihrer emotionalisierten Beschwörung einer möglichen Entgrenzung eine „Politik der Angst“¹⁰. Die *Moral Panic* besteht also nicht aus der unmittelbaren, panischen Reaktion der Beteiligten, sondern aus einem sich steigernden Krisenempfinden, das sich in den öffentlichen Diskursen artikuliert.

Wenn nun die *Moral Panic* als Ausdruck einer tiefer sitzenden Krise zu werten ist, dann ist sie gleichzeitig deren wichtigste Oberflächenerscheinung. Mit einer solchen Bedrohungsspirale wird deutlich, wie die Krise erfahren und in welcher Weise versucht wird, diese, nach außen vermittelbar, zu handhaben. Dies hat auch Verschiebungstendenzen in der Definition des Problems zur Folge. Im Falle des „Terrorismus“-Diskurses war die Suche nach Verantwortlichen jenseits der RAF-Mitglieder ein wichtiges Element der Ausweitung einer potenziellen Bedrohung. Genannt wurden in diesem Zusammenhang „Sympathisanten“, Eltern, Politiker der sozial-liberalen Koalition, Journalisten, nachlässige Polizeibeamte und so weiter.

In der diskursiven Erzeugung von Unsicherheit ergänzten sich Medien und staatliche Apparate. Im Laufe der Fahndung nach der RAF versorgten Bundeskriminalamt (BKA) und Bundesanwaltschaft die Medien mit einer immer größeren Anzahl an Spekulationen über das Bedrohungspotenzial durch die RAF. „Bild“ titelte entsprechend der Informationen von BKA und Bundesanwaltschaft: „Das sind die neuesten Pläne der Baader-Meinhof-Bande: Jetzt wollen sie Banken in die Luft sprengen“¹¹. „Mit Bomben, Terror und 1000 Mann: Aufstand in Deutschland geplant“¹². „Japanisches Todeskommando soll Baader-Meinhof befreien“¹³.

Die Schätzungen und Zahlenspiele nahmen bis 1977 immer größere Dimensionen an – unter der Überschrift „Viele tausend Mörder“ berichtete „Bild“ im Mai 1977:

„Seit langem gab es keine so beunruhigende Meldung über die Terrorszene wie die Schätzung des Bundeskriminalamtes, daß bis zu

¹⁰ Frank Furedi, *Politics of Fear. Beyond left and right*, London 2005, S. 130.

¹¹ Bild vom 27. 5. 1972, S. 1.

¹² Bild vom 21. 6. 1972, S. 1.

¹³ Bild vom 10. 2. 1975, S. 1.

15000 Mann aus den kommunistischen Gruppen als Nachwuchs für die Terrorbanden in Betracht kämen. Bis jetzt hatten wir es mit Dutzenden von Mördern zu tun. Bald könnten es einige tausend sein.“¹⁴

In der Presseberichterstattung schien die RAF seit Mitte der 1970er Jahre zu allem fähig – auch im politischen Alltag wurde entsprechend reagiert. Beispielsweise hieß es in der „Welt“ vom 16. Mai 1975, nachdem aus einem ungesicherten Bundeswehrdepot angeblich zwei Flaschen mit Senfgas verschwunden waren: „Frau Renger löst Gift-Alarm im Bundestag aus.“¹⁵ Die Bundestagspräsidentin hatte zuvor eine Besuchersperre angeordnet; auch der ärztliche Dienst war alarmiert worden, da man von einer terroristischen Bedrohung ausgehen müsse. „Bild“ fragte daraufhin: „Hat die Bande jetzt Giftgas?“¹⁶ Die Vorkehrungen gegen Giftgasanschläge nahmen breiten Raum in der Berichterstattung ein, während die spätere Meldung, das Verfahren sei wegen des inzwischen nur mehr „möglichen“ Diebstahls der Gasflaschen eingestellt worden, in den hinteren Teilen der Zeitungen verloren ging. Am Ende stellte sich heraus, dass gar keine Flaschen verschwunden waren. Warum die Bundeswehr eigentlich international geächtetes Giftgas lagerte, wurde im Übrigen nicht gefragt.

Auch dies ist ein elementares Vorzeichen einer *Moral Panic*. Die Beschwörung einer Bedrohung und ihrer möglichen unkontrollierbaren Fortentwicklung, der Ruf nach schnellen Reaktionen und der Verweis auf das Paradigmatische dieses einen Problemfalls nehmen in den medialen Diskursen so breiten Raum ein, dass sie nachhaltig wirken. Spätere Gegendarstellungen, Relativierungen oder Entwarnungen dagegen haben, aufgrund ihres begrenzten Nachrichtenwerts, kaum Gewicht im Diskurs. Jede veröffentlichte Verdächtigung oder Mutmaßung ist also wirkmächtig – sie zeichnet mit am Bild einer allumfassenden „terroristischen“ Bedrohung.

Die Beschwörung apokalyptischer Bedrohungsszenarien unter der Zuhilfenahme von Symbolen der Massenvernichtung schloss auch Atombomben mit ein. Generalbundesanwalt Siegfried Buback gab während seiner Zeugenbefragung in Stammheim zu, in der Zeitung davon gelesen zu haben, dass sich in der Hand der RAF atomare Sprengkörper befunden haben sollten und dass in der Bundesanwaltschaft darüber geredet worden sei, auch wenn er sich daran nicht mehr recht erinnern könne¹⁷. Im Herbst 1977

¹⁴ Bild vom 16. 5. 1977, S. 2.

¹⁵ Die Welt vom 16. 5. 1975, S. 1.

¹⁶ Bild vom 2. 5. 1975, S. 1.

¹⁷ Vgl. Stefan Aust, *Der Baader-Meinhof-Komplex*, München 1989, S. 408.

fragte schließlich auch der „Spiegel“ besorgt: „Schutzlos gegen Atom-Terroristen?“¹⁸

Die *Moral Panic*, in ihrer Verknüpfung mit solchen Symbolen, wurde in dieser Zeit zum Selbstläufer; im Diskurs entstand so etwas wie ein Verdächtigungsreflex. Als in Bayern eine Flasche Zyankali gestohlen wurde, meldeten Polizei und „Bild“:

„Stuttgarter Polizeikreise befürchten, daß linke Terroristen das Trinkwasser einer deutschen Großstadt mit Zyankali verseuchen wollen, um die Freilassung der Bandenchefin Ulrike Meinhof und ihrer Komplizin Gudrun Ensslin zu erzwingen.“¹⁹

Die kolportierten Gerüchte und Vermutungen entstammten einem Diskurs der Entgrenzung. Die Ziele der nicht mehr klar einzuordnenden „Terroristen“ wurden als beliebig dargestellt – es gehe um maximalen Schaden, daher sei jeder bedroht. Viele Großereignisse, so wurde, wie heutzutage auch wieder, betont, böten Gelegenheit für neue Attentate. Der Anschlag auf die israelischen Athleten während der Olympiade 1972 war demnach potenziell gegen alle Besucher und Zuschauer gerichtet gewesen und wurde später in den RAF-Kontext gestellt. Auch vor der Fußball-Weltmeisterschaft 1974 gingen Warnungen und Spekulationen Hand in Hand:

„Bundesinnenminister Genscher hat den Innenausschuß des Bundestages über neue Terrorpläne von Mitgliedern der Baader/Meinhof-Bande informiert. Danach planen die Angehörigen der Roten-Armee-Fraktion (RAF) für die Zeit der am 13. Juni beginnenden Fußball-Weltmeisterschaft in der Bundesrepublik Entführungen und Attentate.“²⁰

Von einem Anschlag mit Flugabwehrraketen auf das vollbesetzte Hamburger Volksparkstadion war unter anderem die Rede.

5. Fazit

Die Annahme einer unspezifischen „terroristischen“ Bedrohung der Gesamtbevölkerung war für den gesamten „Terrorismus“-Diskurs prägend. Hier ging es um Grenzziehungen und damit auch um gesellschaftliche Ausschlüsse. Doch gleichzeitig wurde in der medialen Berichterstattung die potenzielle „terroristische“ Bedrohung mehr und mehr diskursiv entgrenzt. Demnach mussten sich nicht mehr nur Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft, Militär und deren Personenschützer bedroht fühlen, sondern jeder.

¹⁸ Der Spiegel vom 17. 10. 1977, S. 28–32.

¹⁹ Bild vom 27. 5. 1974, S. 1.

²⁰ Die Welt vom 15. 3. 1974, S. 1.

So war das eigentliche Kampfterrain des „Terrorismus“-Diskurses das, was Bundesinnenminister Werner Maihofer als viel zitiertes Programm der „geistigen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus“ vorgegeben hatte – also ein Kampf um die Köpfe.

An der medialen Oberfläche handelte es sich in der Auseinandersetzung mit der RAF in Vielem um Sensations-Berichterstattung, die immer wieder das Bedürfnis nach Fortsetzung der „Terrorismus“-Story, unter den emotionalen Vorzeichen von Bedrohung, Empörung und Suspense bediente und damit hohe Verkaufszahlen erreichte. Auf Seiten der im Diskurs eingeschriebenen Ideologie ging es im Kern jedoch um die Auseinandersetzung mit einem kritischen Potenzial in der Bundesrepublik, ging es um die gesamte Linke, an der sich die Fragen gesellschaftlichen Ein- und Ausschlusses orientierten. So lässt sich sagen, dass die bundesdeutschen Gesellschaft in der Auseinandersetzung nicht mit der, sondern über die RAF zwischen 1970 und 1977 ein Bild von sich selbst in Beziehung zu den staatlichen Apparaten entwarf. Hier zeigte sich ein Kulturkampf, dessen Dimension sich am deutlichsten in den Diskursen abzeichnete.